

## **Sorgen um Werksiedlung St. Christopherus in Kandern**

**Angehörige von Bewohnern der Einrichtung für geistig behinderte Menschen wehren sich gegen Pläne des Landratsamtes.**

LÖRRACH. Die Zukunft der Kanderner Werksiedlung St. Christopherus beschäftigt mittlerweile auch die Kreispolitik: Rund ein Dutzend Angehörige von Bewohnern der anthroposophischen Einrichtung für geistig behinderte Menschen nutzten am Mittwoch die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses des Kreistags, um Fragen und Ängste vorzubringen.

Sie wehren sich gegen die Pläne des Landratsamtes, wonach langfristig nur ein Bedarf für 50 Plätze in der Werksiedlung bestehe. Derzeit verfügt St. Christopherus über 72 Plätze; ein großer Teil der Bewohner stammt nicht aus dem Landkreis. Die neue Heimbauverordnung des Landes verschärft die Situation. Sie schreibt vor, dass Bewohnern von Behinderteneinrichtungen bis 2019 Einzelzimmer angeboten werden müssen. Gefördert werden nur noch Bauten mit bis zu 24 Plätzen. Kleinere, dezentrale Häuser sollen das Leben von Behinderten mit dem von Nichtbehinderten im Sinne der Inklusion enger verzahnen und mehr Teilhabe ermöglichen. Das steht quer zum Konzept der abgelegenen Werksiedlung. Wie geht es weiter, fragte ein besorgter Vater aus Karlsruhe, dessen Sohn seit 27 Jahren in St. Christopherus einen Lebensort gefunden hat.

Landrätin Marion Dammann, der eine Sammlung von Briefen übergeben wurde, zeigte Verständnis für die Sorgen, wies aber darauf hin, dass sich die Planung des Landkreises am Bedarf zu orientieren habe. Die beabsichtigte Reduzierung auf 50 Plätze sei keine spontane Entscheidung, ergänzte Sozialdezernentin Elke Zimmermann-Fiscella, sondern Ergebnis eines langfristigen Planungsprozesses. Sie verwies auf den Teilhabeplan, der 2010 verabschiedet wurde, und lud die Angehörigen ein, sich im Fachkreis Behindertenhilfe an der weiteren Planung zu beteiligen. Es gehe nicht um das Ende der Werksiedlung, sondern um eine Zukunft mit 50 Plätzen. Hugo Mehlin vom Fachbereich Soziales berichtete von einem Vor-Ort-Termin mit dem baden-württembergischen Kommunalverband für Jugend und Soziales, von dem Ergebnisse von Bedarfserhebungen in anderen badischen Landkreisen erwartet werden.

Eltern und Betreuer von Bewohnern fürchten, dass das Recht auf freie Wahl des Wohnortes beschnitten wird. Es fiel das Wort Vertreibungspolitik. SPD-Kreisrat Rudolf Rümmele wollte das so nicht stehen lassen und kam am Ende der öffentlichen Sitzung auf das Thema zurück. Er forderte die Verwaltung, die Belegungsstrukturen der Werksiedlung zur Diskussion zu stellen. Die Strategie des Landkreises müssen sich an den Menschen ausrichten. Auch wenn sie nicht aus dem Landkreis stammen, gelte es, sich für die Bewohner, die in Kandern eine Heimat gefunden haben, einzusetzen.

Autor: Daniel Gramespacher